



# Bundeshaushalt ohne neue Schulden

Haushaltskonsolidierung und Gestaltung  
der Zukunft gehören zusammen



Stabilitätspolitik für den Euro verlöre sonst an Glaubwürdigkeit. Der Reform- und Konsolidierungskurs muss in allen Ländern konsequent fortgesetzt werden. Die Krise könnte sonst schnell wieder aufflammen und die wirtschaftliche Erholung Europas gefährden.

Wie ist der Haushalt ohne Schulden möglich geworden?

Das kluge Zusammenspiel von Wachstums- und Konsolidierungspolitik unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Basis für die gute Haushaltslage gelegt. Während die Ausgaben weitgehend stabil gehalten werden konnten, sind die Steuereinnahmen aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung gestiegen. Der Verzicht auf Steuererhöhungen belohnt die Menschen, die diesen Erfolg mit ihrer Arbeit erwirtschaften.

Das wichtigste Ergebnis dieser Politik ist die gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage: Fast 43 Millionen Beschäftigte sind ein Rekord. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen von über fünf Millionen im Jahr 2005 auf unter drei Millionen im Jahr 2014. Die Sozialkassen brauchen deshalb weniger Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Außerdem kann der Bund zu äußerst günstigen Konditionen Kredite aufnehmen und so seine Zinsausgaben senken.

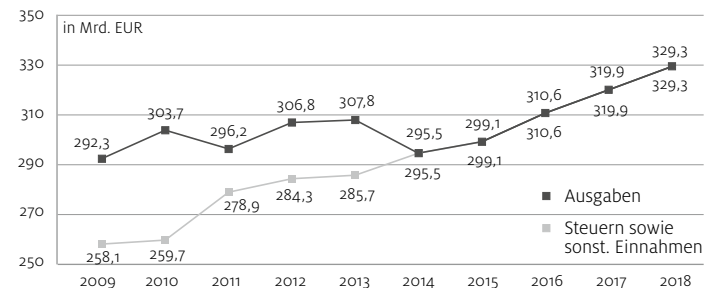
Warum ist ein Haushalt ohne Schulden so wichtig für die Unionsfraktion?

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Das bedeutet im Umkehrschluss: Wer heute mit dem auskommt, was er erwirtschaftet, schafft den Handlungsspielraum für die Aufgaben von morgen. Dass dies möglich ist, zeigt bereits der Bundeshaushalt 2014. Er kommt zum ersten Mal seit über 40 Jahren ohne neue Schulden aus. Und das Besondere: Dies wurde erreicht, ohne die Steuern zu erhöhen. Bürger und Unternehmen werden nicht belastet und damit Konsum und Investitionen nicht gedrosselt, wohl aber Handlungsspielräume für die Zukunft eröffnet. Null-Verschuldung ohne Steuererhöhung, das war seit langem Ziel der Union und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Jetzt ist es erreicht.

Was bedeutet dies für künftige Generationen und Europa?

Die Regierungskoalition signalisiert vor allem den jüngeren Menschen, dass sie es mit Generationengerechtigkeit und dem Durchbrechen der Schuldenspirale ernst meint. Der ausgeglichene Haushalt ist zudem ein wichtiges Signal für Europa. Deutschland darf als wichtigstes Euroland nicht vom Pfad der Haushaltskonsolidierung abweichen. Die

### Der Weg zum Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand Januar 2015

## Spart sich Deutschland „kaputt“?

Auch in Zeiten eines ausgeglichenen Bundeshaushalts nehmen die Staatsausgaben weiter zu. So zeigt der Haushalt 2015 im Vergleich zum Vorjahr ein stabiles, leicht ansteigendes Ausgabenniveau. Von „Kaputtsparen“ kann keine Rede sein. Nach über 40 Jahren Schuldenmachen ist es höchste Zeit, ein deutliches Zeichen zu setzen, dass der Staat in Zukunft wieder dauerhaft mit dem auskommen will, was er erwirtschaftet. Das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden ist im Zeitraum 2005 bis 2014 um mehr als 40 Prozent auf rund 640 Milliarden Euro gewachsen. Wer in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen und einer robust wachsenden Wirtschaft die Aufnahme neuer Schulden verlangt, hat sich vom Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts endgültig verabschiedet.

## Investieren wir zu wenig?

Nein! Der Bundeshaushalt 2015 sieht Investitionsausgaben in Höhe von insgesamt 26,5 Milliarden Euro vor. Die meisten Investitionen werden allerdings von Ländern und Kommunen getätigt, die der Bund in der vergangenen und in der aktuellen Legislaturperiode bereits mit rund 70 Milliarden Euro unterstützt hat. Länder und Kommunen sind aufgefordert, die hierdurch gewonnenen finanziellen Spielräume auch für Investitionen zu nutzen.

## Welche zusätzlichen Anstrengungen gibt es?

Zusätzlich hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Anfang November 2014 ein zehn Milliarden-Euro-Investitionsprogramm angekündigt. Die Koalition will damit – ohne zusätzliche Schulden – in den Jahren 2016 bis 2018 insbesondere in die öffentliche Infrastruktur und Energieeffizienz investieren. Damit sendet Deutschland auch ein deutliches Signal nach Europa: Die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und zusätzliche öffentliche Investitionen in Zukunftsbereiche schließen sich nicht aus.

## Wo setzt der Haushalt weitere Zukunftssakzente?

Der Ausspruch: „Wer es nicht im Boden hat, muss es im Kopf haben“, gilt besonders für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland. Die unionsgeführten Koalitionen haben deshalb die jährlichen Ausgaben des Bundes für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Zeitraum 2005 bis 2015 von rund 11,5 Milliarden Euro auf rund 20 Milliarden Euro annähernd verdoppelt. Der Bund hat die Länder durch die vollständige Übernahme der BAföG-Kosten für Schüler und Studenten zusätzlich dauerhaft in Milliardenhöhe entlastet. Die Länder sind jetzt in der Verantwortung, diese zusätzlichen Gelder wie vereinbart auch tatsächlich in die Hochschulen zu investieren. Darüber hinaus stellt der Bund für die Kinderbetreuung zusätzlich bis zu eine Milliarde Euro bereit.

## Welche Rolle spielt die Neuordnung der Bund-Länder-Finzen?

Der Bund hätte ohne die 70-Milliarden-Euro Entlastung von Ländern und Kommunen in der letzten und in der laufenden Legislaturperiode viel früher einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Ab 2018 wird der Bund die Kommunen um weitere fünf Milliarden Euro jährlich entlasten. Damit ist die Grenze erreicht. Mehrbelastungen darf es für den Bund im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen nicht geben. Die Länder stehen in der Verpflichtung, ihre Haushalte eigenständig zu sanieren. Dies darf nicht auf Kosten der Kommunen gehen.

## Wie geht es mit der Haushaltskonsolidierung weiter?

Auch in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2018 sind keine neuen Schulden vorgesehen. Der Bund erfüllt bereits seit 2012 die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Danach müssen der Bund spätestens ab 2016 und die Länder ab 2020 ihre Haushalte grundsätzlich ohne Kredite ausgleichen. Das ist ein klares Signal an unsere europäischen Partner, die

vereinbarte Einführung nationaler Schuldenbremsen ernst zu nehmen.

Die europäischen Regeln sehen darüber hinaus vor, dass die gesamtstaatliche Schuldenquote schrittweise wieder auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinkt. In Deutschland liegt die Quote derzeit bei rund 74 Prozent und soll bereits in 2017 wieder auf unter 70 Prozent zurückgehen.

## Wie schaffen wir dauerhaftes Wachstum?

Wachstum und Wohlstand lassen sich nicht vom Staat verordnen. Seine Aufgabe ist es, optimale Rahmenbedingungen für eine möglichst freie Entfaltung von Menschen und Unternehmen zu schaffen. Die Union drängt deshalb darauf, dass die große Koalition ihr Augenmerk wieder verstärkt auf die Wirtschaft richtet. Wirtschaftliches Wachstum, niedrige Arbeitslosigkeit, steigende Einkommen und abnehmende Staatsschulden sind keine Selbstläufer, sondern müssen im internationalen Wettbewerb jeden Tag neu erarbeitet werden. Die Politik darf die Wirtschaft deshalb nicht weiter belasten, sondern muss die wichtigen Zukunftsthemen wie Innovation, Digitalisierung der Gesellschaft, Breitbandinfrastruktur und Fachkräftebedarf voranbringen.

## Welchen Risiken gilt es zu begegnen?

Deutschland ist eng mit den europäischen Volkswirtschaften verwoben. Schwächen unserer Partnerländer bekommt Deutschland direkt zu spüren. Auch die derzeitige Niedrigzinsphase wird nicht ewig anhalten. Höhere Zinsen hätten – wenn auch mit einiger Verzögerung – unmittelbare Konsequenzen für den Bundeshaushalt. Die Auswirkungen der zunehmenden geopolitischen Risiken – wie etwa der Konflikt in der Ukraine oder die Krise im Nahen Osten – lassen sich heute noch nicht endgültig abschätzen. Sie werden aber für eine so global aufgestellte Volkswirtschaft wie die deutsche nicht ohne Folgen bleiben.



Auch die weitere Entwicklung in den Schwellenländern hat wegen unserer Exporte in diese Regionen direkten Einfluss auf die deutsche Wirtschaft. Es ist deshalb im Interesse Deutschlands, sich international bei der Krisenbewältigung zu engagieren.

## Welche Rolle spielt Europa?

Deutschland ist der wirtschafts- und finanzpolitische Stabilitätsanker in Europa. Angesichts der globalen Herausforderungen wird es immer wichtiger, dass Europa geschlossen auftritt. Nur so kann es auf Dauer im Wettbewerb der Regionen dieser Welt bestehen. Die Kombination aus großem Wirtschaftsraum und eigener Währung ist der beste Garant, dass Europa auch in Zukunft seine Geschicke selbstbewusst in die eigenen Hände nehmen kann.

## Welche Bedeutung kommt dabei der Stabilisierung der Eurozone zu?

Die Stabilisierung der Eurozone steht ganz oben auf der Tagesordnung. Um das Vertrauen der Investoren dauerhaft zurückzugewinnen, müssen die Länder der Eurozone die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts ernst nehmen und sich die Spielräume für Innovations- und Wachstumsimpulse ohne zusätzliche Schulden durch Konsolidierung und Strukturreformen erarbeiten. Dieses Konzept ist vor allem dank des Einsatzes von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Beschlusslage in Europa. Damit stellt Europa die richtigen Weichen für die Zukunft.

**Herausgeber**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer

**Kontakt**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Presse und Information  
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin  
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46  
fraktion@cducsu.de  
www.cducsu.de

**Bürgerinformation**

T 030. 2 27-5 55 50  
fraktion@cducsu.de

**Satz/Layout**

Heimrich & Hannot GmbH

**Druck**

Industriedruck GmbH  
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und  
sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

**Bildnachweis**

[www.fotolia.de/PhotoSG](http://www.fotolia.de/PhotoSG), Tom-Hanisch,  
Horváth Botond; Tobias Koch

**Stand**

Januar 2015

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
dient ausschließlich der Information. Sie darf während  
eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung  
verwendet werden.